

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
159 · Ausgabe CH · Dezember 2015
AZB 3001 Bern



Reuters/Christian Hartmann

Terror vor unserer Haustüre

Die Terroranschläge von Paris haben Europa erschüttert. Zum zweiten Mal innert kürzester Zeit erleben wir den Terror direkt vor unserer Haustüre. Drei ParlamentarierInnen über den islamistischen Terror, die Rolle des Westens und mögliche Reaktionen. Seiten 2 und 3

NEW OLD LABOUR

Im September wurde Jeremy Corbyn überraschend an die Spitze der Labour Party gewählt. Der ehemalige Gewerkschaftssekretär gehört zu den stärksten Kritikern der britischen Sparpolitik und will die Partei weiter nach links ausrichten. Seite 16

DURCHSETZUNGSINITIATIVE

Am 28. Februar stimmen wir über die Durchsetzungsinitiative der SVP ab. Diese geht nicht nur weiter als die Ausschaffungsinitiative, sie ist auch ein frontaler Angriff auf unsere Demokratie und auf unseren Rechtsstaat. Seite 4

Für Freiheit, Rechtsstaatlich

DIE TERRORANSCHLÄGE VON PARIS HABEN EUROPA ERSCHÜTTERT. ZUM ZWEITEN MAL INNERT KÜRZESTER ZEIT ERLEBEN WIR DEN TERROR DIREKT VOR UNSERER HAUSTÜRE. EVI ALLEMANN, CLAUDIA FRIEDL UND CÉDRIC WERMUTH ÜBER DEN ISLAMISTISCHEN TERROR, DIE ROLLE DES WESTENS UND MÖGLICHE REAKTIONEN.

FREIHEIT, RECHTSSTAATLICHKEIT UND DEMOKRATIE STATT KRIEGSRHETORIK

«Frankreich ist im Krieg», proklamierte François Hollande nach den schrecklichen Attentaten in Paris. Als Kurzschluss unter Schock kann ich diese Reaktion nachvollziehen, doch nüchtern betrachtet ist es die komplett falsche Schlussfolgerung. Wer hart und effektiv gegen den Terrorismus vorgehen will, darf weder die ohnehin schon angespannte Lage mit Kriegsrhetorik befeuern noch mit vermeintlich populären Worten die Volksseele beruhigen. Die richtige Reaktion auf Terror heisst «Anti-Terror-Einsätze». Zur Sicherung der Ordnung im Inland ist nicht in erster Linie die Armee gefragt, sondern Polizeikräfte, das Grenzschutzkorps, der Nachrichtendienst und andere zivile Behörden. Es braucht nicht Zehntausende von Soldaten, sondern gut ausgebildete Sondereinheiten, eine starke und präzise Polizei sowie einen funktionierenden Nachrichtendienst, der international kooperiert und die nötigen Kompetenzen hat, um auch präventiv zu handeln. Der Kampf gegen den Terrorismus ist kein Selbstzweck und er darf auch nicht billiger Racheakt sein. Er ist stets mit einem klaren Ziel vor Augen zu führen: für eine offene Gesellschaft, in der Werte wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zentral sind. Krieg im Innern zu führen bringt das Gegenteil: Instabilität, weniger Rechtsstaat und mehr Unsicherheit; es ist der permanente Ausnahmezustand. Eine andere Debatte ist die Bekämpfung des IS vor Ort – das kann und soll Aufgabe von Armeeeinheiten sein.

Nach den Pariser Anschlägen forderte die SVP einmal mehr die Wiedereinführung von systematischen Grenzkontrollen. Mit dem Begriff «systematisch» wird suggeriert, alle Personen zu kontrollieren, welche die Grenze passieren. Doch

das hiess es noch nie und wird bei rund 750000 Grenzübertritten pro Tag auch niemals möglich sein. Wer mehr als nur Schaumschlägerei betreibt, setzt in dieser Situation alles daran, das Grenzschutzkorps so zu stärken, damit es genügend Ressourcen hat, um den gewachsenen Herausforderungen gerecht zu werden. Und was macht die scheinheilige SVP in der Winter session? Am selben Tag, an dem sie im Ständerat eine Motion für mehr Grenzkontrollen vertrat, bekämpfte sie im Nationalrat den SP-Antrag, beim Grenzschutzkorps eine Budgeterhöhung um 1,3 Millionen Franken vorzunehmen. Diese Aufstockung hätte ermöglicht, 100 neue Grenzschützerinnen und Grenzschützer zu rekrutieren, was die Basis für intensivere Kontrollen durch gut ausgebildetes Personal wäre. Dieses Muster der Problembewirtschaftung hat System: Sei es im Asylbereich, bei der Europafrage, bei der Kriminalitätsbekämpfung oder anderswo, die SVP ruft lautstark nach Massnahmen, verhindert aber konkrete Massnahmen.

Evi Allemann, Nationalrätin BE

ANTITERRORISMUS IST VOR ALLEM AUCH EIN KAMPF UM SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN

Ein Kommentator im Handelsblatt hat nach der Ankündigung von François Hollande, Frankreich befinde sich nach den Anschlägen von Paris im Krieg, darauf hingewiesen, dass die Armee nun konsequenterweise die französischen Vorstädte bombardieren müsste. Schliesslich sind die meisten radikalen Islamisten, die Anschläge wie jene vor wenigen Wochen in Paris verübten, in Europa aufgewachsen. Es sind Kinder der französischen Republik, Belgiens oder anderer europäischer Gesellschaften.

In Frankreich und anderen Ländern hat nicht zuletzt die neoliberale



«Es braucht nicht Tausende von Soldaten, sondern gut ausgebildete Sondereinheiten.»

Evi Allemann



«Der neoliberale Kapitalismus ist im Inneren und gegen aussen gescheitert.»

Cédric Wermuth

Wirtschaftsagenda der vergangenen 20 Jahre dazu geführt, dass eine komplette Generation junger Menschen «überflüssig» geworden ist, wie es der Islamwissenschaftler Reinhard Schulze nennt. Sie haben kaum berufliche Perspektiven, ihre Sichtweisen und Bedürfnisse spielen in der öffentlichen Debatte und auf dem politischen Parkett höchstens eine untergeordnete Rolle. Sie sehen keine Chance, ihren Anliegen auf dem demokratischen Weg Geltung zu verschaffen. Diese Entwicklungen stürzen die repräsentative Demokratie in eine tiefe Krise. Genau so wie die Radikalisierung der Kinder einer Einwanderungsgeneration weist das Erstarken des rechtsextremen Front National darauf hin. Beide Seiten – radikale Islamisten und rechtsextreme Rassisten – werfen der liberalen Gesellschaft vor, grosse Teile der Bevölkerung vergessen und verraten zu haben.



keit und Demokratie

Vor diesem Hintergrund gewinnt das Heilsversprechen eines internationalen Salafismus, für gewisse Menschen offenbar an Attraktivität. Die stark wertebasierte Argumentation der Islamisten füllt eine emotionale Lücke, die die Kälte des marktradikalen Projektes hinterlässt. Und der Westen hat in den letzten Jahren nichts unterlassen, um den Vorwürfen der Janusköpfigkeit im Umgang mit der arabischen Welt Zündstoff zu verleihen: Die Militärinterventionen in Afghanistan, dem Irak oder Syrien endeten im regionalen Chaos. Sie haben das Entstehen von Terrormilizen ermöglicht und befeuert, nicht verhindert. Und während die europäischen Staatschefs jetzt mit emotionalen Appellen das Schreckensregime des IS im Irak verurteilen, sitzen ihre Unterhändler mit den saudi-arabischen Terror-Financiers und Menschenschlächtern an den Tisch, um die nächsten Kriegsmaterialdeals oder Freihandelsverträge abzuschliessen.

Es gibt nichts, was die grausamen Terroranschläge von Paris rechtfertigt. Aber wir müssen versuchen



«Die Schweiz muss sich unentwegt für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen.»

Claudia Friedl

zu verstehen, wie es dazu kommen kann. Es gibt nach den Anschlägen von Paris weder einfache Erklärungen noch Antworten. Das heisst aber nicht, dass wir orientierungslos sein müssen. Sicher ist zum Beispiel, dass der neoliberale Kapitalismus im Inneren und gegen aussen scheitert. Und sicher ist, dass wir ein neues Wirtschafts- und Entwicklungsmodell als Grundlage für eine neue Weltordnung und für unsere Gesellschaften brauchen. Ein Modell, das sich tatsächlich für das Leben und die Wirklichkeit der Menschen interessiert und deshalb Menschenrechte, eine Ausweitung der Demokratie und ökologische Nachhaltigkeit als Leitlinien wählt.

Cédric Wermuth, Nationalrat AG

URSACHEN BEKÄMPFEN

2014 erreichte die Zahl der Terroropfer mit weltweit über 32 000 Toten einen Höchststand. Entgegen dem bei uns herrschenden Eindruck sind die meisten Opfer Muslime. Lediglich 3 Prozent der Opfer trifft es in der westlichen Welt.

Die Anschläge von Paris haben den Terror wieder direkt vor unsere Haustüre gebracht. Das verursacht Ängste und bringt unser Sicherheitsgefühl ins Wanken. Besonders bedrohlich wird es, wenn wir feststellen, dass die Terroristen aus unserer eigenen Gesellschaft kommen. Die Ursachensuche für die Radikalisierung führt immer zu den sozialen Verhältnissen: Ausgrenzung, Demütigung, Unrecht oder Perspektivlosigkeit sind der Nährboden. Geschaffen wird dieser durch die Unfähigkeit, hinzuschauen und in die Zukunft der jungen Menschen zu investieren.

Gemäss dem Nachrichtendienst haben sich in der Schweiz 66 junge Menschen dem sogenannten Islamischen Staat angeschlossen. Wo sie radikalisiert wurden, darüber ist nur wenig bekannt. Auch wenn dies allenfalls in Moscheen geschieht, hat es kaum etwas mit Religion zu tun.

Auf der internationalen Ebene scheint die Bekämpfung des Terrorismus fast unlösbar. So treffen im

Nahen Osten zu viele Interessen aufeinander. Es geht um Macht und Geld, um die Vorherrschaft und den Einfluss in der ganzen Region. Mit Schaudern muss man feststellen, dass plötzlich der Feind des Feindes wieder zum Freund wird. Dass sich dabei Verbündete um das humanitäre Völkerrecht foutieren, wird bei solchen Bündnissen einfach weggesteckt. Dabei bleiben immer Leute auf der Strecke. Verlierer, die den Nachwuchs für Terrorgruppen wie den IS bilden.

Solche globalen Machtkämpfe können eigentlich nur mit Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft, der UNO, beigelegt werden. Diese wird aber bewusst schwach gehalten, damit andere Interessenbündnisse wie die G20 oder die G8 den Ton angeben können. Die Schweiz muss sich immer wieder für die Stärkung der internationalen Staatengemeinschaft einsetzen.

Es gilt, dem schrecklichen Treiben des IS in Syrien und Irak Einhalt zu gebieten. Inwieweit und in welcher Form sich der Westen hier ziel führend einbringen kann oder muss, ist die grosse Frage. Mittelfristig gibt es nur eine Chance für eine Besserung: Die Ursachen müssen global bekämpft werden. Die Schweiz muss sich unentwegt für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen. Da gehört auch ein sauberer Finanzplatz dazu, der kein schmutziges Geld von korrupten Machthabern annimmt. Es braucht einen Waffenlieferungsstopp für die Krisengebiete – sofort. Dann muss die Armut in potenziellen Krisenländern eingedämmt werden. Dringend ist es, die «dem Leben zugewandten Kräfte», die Demokratiebewegungen und ähnliche Gruppierungen auch bezüglich Strukturen zu unterstützen und nicht zuletzt daran zu arbeiten, dass Meinungsäusserungsfreiheit und Minoritätenschutz nicht tote Buchstaben bleiben. Solche Entwicklungsprogramme bestehen. Sie müssen aber finanziert werden und genau da klemmt das Parlament, indem es das Budget kürzt – welche Fehlleistung!

Claudia Friedl, Nationalrätin SG



Die Durchsetzungsinitiative geht uns alle an!

DIE DURCHSETZUNGSINITIATIVE DER SVP IST BRANDGEFÄHRLICH: NICHT NUR FÜR DIE GANZ DIREKT BETROFFENEN – ALSO AUSLÄNDERINNEN UND AUSLÄNDER, DIE SICH IN DER SCHWEIZ ETWAS ZUSCHULDEN KOMMEN LASSEN –, SONDERN AUCH FÜR DEN RECHTSSTAAT UND WICHTIGE GRUNDPRINZIPIEN UNSERES INSTITUTIONELLEN SYSTEMS.

«Die Initiative zielt auf die tragenden Pfeiler des Rechtsstaates und der Demokratie.»



Zur Vorgeschichte: Im November 2010 nahmen Volk und Stände die Ausschaffungsinitiative der SVP mit 52,3 Prozent Ja-Stimmen an. Der darin vorgesehene Ausschaffungsmechanismus bei gewissen Straftaten verletzt nicht nur das Verhältnismässigkeitsprinzip, eine der wichtigsten verfassungsrechtlichen Grundlagen, sondern auch übergeordnetes Völkerrecht wie die EMRK und das Freizügigkeitsabkommen. Deshalb suchte der Bundesrat nach einer völkerrechtskonformen Umsetzung und schlug in der Vernehmlassung auch eine Variante mit einer Härtefallklausel vor, welche die grössten Verstösse gegen das Völkerrecht abmildern sollte. Das war für die SVP schon zu viel: Noch bevor das Parlament mit der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative beginnen konnte, lancierte sie die Durchsetzungsinitiative, die noch viel weiter geht als die Ausschaffungsinitiative und als direkt anwendbares Recht – also unter Ausschaltung von Bundesrat und Parlament – in den Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung verankert werden soll. Die Initiative kam innert eines halben Jahres mit über 150 000 Unterschriften zustande.

Rechtssprechung bereits verschärft

Trotz dieses hohen politischen Drucks gelang es, unter der Federführung des Ständerates, eine Umsetzung der Ausschaffungsinitiative zu verabschieden, die mit einer Härtefallklausel – und damit zwangsläufig einer Einzelfallbeurteilung – zumindest minimale rechtsstaatliche Grundsätze wahrte. Diese Lösung geht deutlich weiter, als es die Ausschaffungsinitiative verlangt hätte, und ist x-fach schärfer als der damals verworfene direkte Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative. Dieses Gesetz ist verabschiedet und könnte sofort in Kraft gesetzt werden, wenn die Durchsetzungsinitiative abgelehnt wird. Ausserdem hat sich seit der Annahme der Ausschaffungsinitiative die Rechtsprechung massiv

verschärft. All jenen, die den Eindruck haben, die Schweiz habe ein Problem mit einer zu laschen Rechtsprechung gegenüber ausländischen Straftätern, kann man also getrost sagen, dass dieses «Problem» gelöst ist, sofern es denn je bestanden hat.

Angriff auf den Rechtsstaat

Trotzdem hat die SVP keinen Moment lang daran gedacht, ihre Durchsetzungsinitiative zurückzuziehen. Das zeigt ganz klar, dass es ihr schon lange nicht mehr um den Umgang mit straffälligen Ausländerinnen und Ausländern geht, sondern um etwas viel Grundsätzlicheres: Sie will das Verhältnismässigkeitsprinzip und die Gewaltenteilung aushebeln und zielt damit auf die tragenden Pfeiler des Rechtsstaates und der Demokratie. Das Parlament soll nichts mehr zu sagen haben und die Justiz zur blinden Vollzugsgehilfin eines verabsolutierten Volkswillens degradiert werden. Vor allem aber will sie die Geltung der EMRK und des Freizügigkeitsabkommens brechen: In der Durchsetzungsinitiative steht explizit, dass sie allem «nicht zwingenden Völkerrecht» vorgehen soll. Die Durchsetzungsinitiative ist deshalb der rote Teppich für die bereits lancierte «Selbstbestimmungsinitiative», welche die Verfassung grundsätzlich über das Völkerrecht stellen und die Schweiz weiter in die Abschottung treiben will. Ziel der SVP ist die Kündigung der EMRK, die uns alle schützt. Wenn die SVP die Durchsetzungsinitiative gewinnt, hat sie dieses Ziel schon halb erreicht. Deshalb ist es enorm wichtig, dass wir alle – völlig unabhängig davon, wie gut einem die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative durch das Parlament gefällt oder nicht – in unserem engeren und weiteren Umkreis mobilisieren und wenn nötig Überzeugungsarbeit leisten, damit die Durchsetzungsinitiative deutlich abgelehnt wird!



DIE EXZESSIVE SPEKULATION AN DEN ROHSTOFFBÖRSEN TREIBT MILLIONEN MENSCHEN IN HUNGER UND ARMUT. GLEICHZEITIG MACHEN FINANZKONZERNE RIESIGE GEWINNE. MIT DER SPEKULATIONSSTOPP-INITIATIVE, DIE AM 28. FEBRUAR 2016 ZUR ABSTIMMUNG KOMMT, KÖNNEN WIR DIESE UNMENSCHLICHE PROFITMACHEREI STOPPEN.

Im Herbst 2012 sprach der Alt-SP-Nationalrat und ehemalige UNO-Sonderberichterstatler Jean Ziegler an der Lancierungsversammlung der Spekulationsstopp-Initiative. Er bezeichnete den Hungertod als Massenvernichtung in der dritten Welt – und stellte die berechnete Frage, wie es so weit kommen konnte, dass rund 800 Millionen Menschen hungern, obwohl ausreichend Nahrung produziert wird. Die Antwort ist so einfach wie grausam: Sie hungern und verhungern, weil sie sich die Lebensmittel nicht leisten können. Die exzessive Spekulation an den Rohstoffbörsen ist hauptverantwortlich für die grossen Preisschwankungen in den vergangenen Jahren. Nahrungsmittel sind längst ein beliebtes Anlageobjekt geworden.

Von der Absicherung zum Anlageobjekt

Dies war nicht immer so. Ursprünglich dienten die Rohstoffbörsen den Bauern und Bäuerinnen zur Absicherung. Sie konnten über Future-Verträge eine bestimmte Liefermenge zu einem festgesetzten Preis und zu einem bestimmten Termin in der Zukunft vereinbaren. So waren sie dem Preisschwankungsrisiko weniger ausgesetzt. Als Ende der 90er-Jahre wichtige Regulierungen an den Rohstoffbörsen aufgehoben wurden, verkamen Wetten auf Preisentwicklungen von Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen zu einem

«Nahrungsmittel sind längst ein beliebtes Anlageobjekt geworden.»

Hilfst du mit die Kampagne sichtbar zu machen? Dann bestelle jetzt eine Fahne unter spekulationsstopp.ch/fahne.

profitablen Geschäft. Es sind heute überwiegend die Finanzakteure, die das Marktgeschehen bestimmen, und nicht jene, die real produzieren. Bis zu 80 Prozent des Handels ist heute rein spekulativer Natur.

Gerade in Momenten, in denen wegen Missernte, Dürre oder gestiegener Nachfrage die Preise sowieso ansteigen, verschärft die Spekulation die Nahrungsmittelkrise und die massiven Preisschwankungen zusätzlich. Dies trifft die Benachteiligten dieser Welt am härtesten, denn sie geben bis zu 80 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus. Steigen die Preise über Monate hinweg, sind viele gezwungen, lebensnotwendige Güter wie Nutztiere, Landwirtschaftsgeräte oder Land zu verkaufen, um zu überleben. Gleichzeitig streichen die Spekulanten und Spekulantinnen gigantische Gewinne ein, indem sie an der Börse auf den Hunger oder sogar das Verhungern von Menschen wetten.

Die Schweiz mischt in diesem Spiel kräftig mit – sie ist Sitz von einigen der weltweit grössten Agrarhandelskonzerne. Und die Grossbank UBS bezeichnete die Spekulation mit Nahrungsmitteln beispielsweise als «Farbtupfer» in ihrem Portfolio. Der AHV-Fonds, die CS und die ZKB hingegen zeigen allmählich Verantwortungsbewusstsein: Sie verzichteten weitgehend auf die Nahrungsmittelspekulation. Das reicht aber noch nicht.

Nein zu Spekulation, ja zu internationaler Solidarität

Die JUSO Schweiz, die SP, die Grünen, Entwicklungsorganisationen wie Solidar und Swissaid, die Bauerngewerkschaft Uniterre und viele weitere haben deshalb im Jahr 2012 die Spekulationsstopp-Initiative lanciert. Diese verbietet die Investition in Finanzinstrumente, die sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen.

Weiterhin erlaubt bleiben Verträge mit Produzenten und Händlern von Agrarrohstoffen, die der terminlichen oder preislichen Absicherung gelten. Konzerne hingegen, die nichts mit der realen Produktion von Nahrungsmitteln zu tun haben, sollen keinen Profit aus steigenden Preisen ziehen können. Es geht um internationale Solidarität mit den Verliererinnen und Verlierern eines Systems, das es nicht schafft, die Menschen zu ernähren. Und es geht darum, der widerlichsten Form der Profitmacherei einen Riegel vorzuschieben, die Jahr für Jahr Millionen von Opfern fordert. Oder um erneut Jean Ziegler zu zitieren: «Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.»

Darum kämpfen wir gemeinsam für ein Ja am 28. Februar zur Spekulationsstopp-Initiative und setzen dem unmenschlichen Spiel mit dem Hunger hoffentlich ein Ende.

Mattea Meyer, Nationalrätin ZH

Nein zur Transithölle

DER VORSCHLAG VON BUNDESRAT UND PARLAMENT, MIT DER SANIERUNG DES GOTTHARDSTRASSENTUNNELS AUCH EINE 2. RÖHRE ZU BOHREN, IST GRUNDFALSCH. DAS PROJEKT IST FINANZPOLITISCH UNVERNÜNFTIG, VERFASSUNGSRECHTLICH ZWEIFELHAFT UND VERKEHRSPOLITISCH ABSOLUT UNSINNIG. ZUDEM HANDELT ES SICH BEI DIESER VORLAGE UM EINEN MEHRFACHEN SCHWINDEL.

Gute Infrastrukturpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass die beschränkten Mittel möglichst optimal eingesetzt werden. Schliesslich kann jeder Franken nur einmal ausgegeben werden. Am symbolisch aufgeladenen Gotthard scheint dieser eigentlich urbürgerliche Grundsatz fiskalischer Verantwortung für die Rechtsparteien nicht zu gelten. Ideologischer Ballast wiegt bei dieser Abstimmungsvorlage mehr als nüchterne Berechnung.

Obwohl auf dem Schweizer Strassennetz Engpässe mit viel grösserem Verkehrsaufkommen bestehen, sollen am Gotthard weitere drei Milliarden verbaut werden. Das ist pure Verschwendung. Eine Sanierungslösung ohne Verdoppelung der Kapazität kostet nur rund eine Milliarde. Mit eingerechnet ist dabei auch ein tragfähiges Ersatzangebot auf der Schiene: Ein kostenloser Autoverlad zwischen Göschenen und Airolo und ein Verlad für Lastwagen durch den neuen Gotthard-Basistunnel. Transitlastwagen sollen direkt an der Grenze auf die Bahn verladen werden. Bis im Jahr 2010, als Moritz

Leuenberger noch als Bundesrat und UVEK-Vorsteher amtierte, war das auch die vom Bundesrat favorisierte Variante. Denn die Rechnung war und bleibt klar: Werden am Gotthard weitere Milliarden verlockt, fehlen sie für wichtigere Infrastrukturprojekte in den Agglomerationen.

Doppelte Ineffizienz

Das Vorhaben wirkt noch unvernünftiger, wenn man bedenkt, dass die neue Röhre nur zur Hälfte befahren werden soll. Im Klartext: Die Steuerzahlenden finanzieren am Gotthard den teuersten Pannestreifen der Welt! Nicht nur finanziell, auch zeitlich schneidet die Sanierungsvariante mit der 2. Röhre schlecht ab. Bis die zweite Röhre gebohrt und die erste Röhre saniert ist, schreiben wir bestenfalls das Jahr 2030, möglicherweise auch schon 2035. Bei der Sanierungsvariante mit dem Ersatzangebot auf der Schiene ist der Gotthardstrassentunnel bis 2025 saniert.

Verfassungsrechtliche Zweifel

Bei der Abstimmungsvorlage bestehen aber auch erhebliche verfas-

sungsrechtliche Zweifel. Warum eine bauliche Kapazitätsverdoppelung nicht dem verfassungsmässigen Verbot von Kapazitätserweiterungen widersprechen soll, ist nicht nachvollziehbar. Zumal die Verhinderung eines zweiten Gotthard-Strassentunnels das erklärte Ziel des von Volk und Ständen angenommenen Verfassungsartikels zum Alpenschutz darstellte.

Für den renommierten Staatsrechtler Alain Griffel ist klar: Ob eine Strassenkapazität erhöht wird, hängt von der baulichen Realität und nicht von einem gesetzlich verankerten Verkehrsmanagement ab. Die Vorlage des Bundesrates sei darum nicht mit der Verfassung vereinbar. Auch das Simonetta Sommaruga unterstellte Bundesamt für Justiz qualifizierte 2014 das vom Bundesrat gewählte Vorgehen als «staatspolitisch problematisch».

Die Schweiz als Transithölle?

Der wichtigste Grund für ein Nein an der Urne ist aber letztlich ein verkehrspolitischer. Zwei Tunnelröhren, in denen je nur eine Spur



Eine zweite Röhre würde den Alpenschutz untergraben:
Die alte Passstrasse im Val Tremola auf der Südseite des Gotthards.

Schweiz

befahren wird – das ist ein offensichtlicher Schwindel. Die röhrenden Strassenhirsche und die brüllenden Baulöwen kämpfen für eine 2. Röhre, weil sie diese für ihren Profit bauen, voll befahren und auch umfassend betreiben wollen. Alles andere, was da vorgegaukelt wird, ist dummes Zeug.

Denn transitpolitisch macht eine bauliche Verdoppelung der Strassenkapazität am Gotthard die Schweiz gegenüber der europäischen Transportindustrie erpressbar. Mit einer 2. Röhre wird die Gotthardstrecke zur kürzesten vierspurigen Nord-Süd-Strassenverbindung Europas. Der Druck der mächtigen Lastwagenlobby, diese Strecke für den Schwerverkehr zu öffnen, würde rasch unermesslich. Aus einer doppelten Kapazität würde so eine doppelte Anzahl Lastwagen. Mit zwei Millionen Transitlastwagen hätten wir Verhältnisse wie am Brenner – und zwar auf der ganzen Nord-Süd-Achse. Die Schweiz würde von Basel bis Chiasso zur Transithöhle.

Die Neat torpedieren?

Aus diesem Grund wehren sich insbesondere die Menschen im Südtessin vehement gegen die 2. Röhre. Schon heute leiden sie unter der schlechtesten Luft der Schweiz. Mit doppelt so vielen Transitlastwagen wäre ihr Leben unerträglich. Um mit den Tessinerinnen und Tessinern solidarisch zu sein, mit den Menschen, nicht mit den Baulöwen, muss die 2. Röhre verhindert werden.

Die 2. Röhre würde den Alpenschutz definitiv durchlöchern – und den Nutzen der NEAT untergraben. Diese grösste Investition in der Geschichte unseres Landes sollte den Güterverkehr von der Strasse auf die Schiene verlagern. Darum haben Volk und Stände 1992 dem Multimilliardenprojekt zugestimmt und 1994 und 2004 zwei Mal wuchtig eine zweite Strassenröhre verworfen. Nun, einige Monate bevor der Gotthard-Basistunnel als Jahrhundertbauwerk und Herzstück der NEAT eröffnet wird, soll die NEAT doch

noch durch eine 2. Röhre torpediert werden? Unvernünftiger geht es wirklich nicht!

Mehrfacher Schwindel

Diese Abstimmungsvorlage ist eine regelrechte Mogelpackung. Nicht nur wegen des bereits beschriebenen Schwindels einer vollen Kapazitätsverdoppelung, die angeblich nur zur Hälfte genutzt werden soll. In den letzten Monaten veröffentlichte das Bundesamt für Strassen immer wieder neue und widersprüchliche Zahlen und Fakten.

In einem offiziellen Bericht wird ausgeführt, dass der heutige Strassentunnel nur mit kleinen Sanierungsarbeiten und ohne Sperrung bis 2035 sicher betrieben werden könnte. Eine Tatsache, die im eklatanten Widerspruch zur Kernaussage in der Botschaft des Bundesrates an das Parlament steht, wonach der Tunnel bis spätestens 2025 totalsaniert werden müsse. Das Parlament entschied auf der Basis falscher Tatsachen.

Ebenso wurde in Bezug auf den Flächenverbrauch für die Baustelle der 2. Röhre geschwindelt – oder zumindest gewaltig gepfuscht. Während der Bundesrat 2014 gegenüber dem Parlament noch von 30'000 Quadratmetern im Kanton Uri und 29'000 Quadratmetern im Kanton Tessin sprach, erklärte das Bundesamt für Strassen Ende 2015, es brauche 150'000 Quadratmeter in Uri und 220'000 Quadratmeter im Tessin!

Wer so unehrlich oder zumindest grob unsorgfältig politisiert, darf sich nicht durchsetzen. Darum müssen wir diese Abstimmung gewinnen. Das tun wir für mehr Ehrlichkeit in der Politik und mehr Respekt vor der Verfassung. Für mehr Vernunft in der Finanzpolitik und bei der Verkehrsplanung. Für den Schutz unserer Lebensqualität und unserer Alpen. Beweisen wir einmal mehr, dass das Volk in der Verkehrspolitik auf unserer Seite steht: Nein zur 2. Gotthardröhre am 28. Februar!

Jon Pult, Präsident der Alpen-Initiative sowie Grossrat und Präsident der SP Graubünden

STANDPUNKT



Nicht im Ernst?

Margrit und Hans-Jürg wohnen in einem Chalet mit viel Umschwung. Sie sind pensioniert, haben eine Tochter und sind stolze Grosseltern zweier Enkeln. Ihr Haus ist nicht mehr so im Schuss, es müsste eigentlich renoviert werden. Zwar stürzt nicht gleich das Dach ein, aber hier und dort ist etwas morsch oder kaputt.

Die Tochter von Margrit und Hans-Jürg steht kurz davor, zusammen mit ihrer jungen Familie in einer verdichteten Siedlung eine Wohnung zu beziehen. Sie träumt davon, dass ihre Eltern ebenfalls in die Siedlung ziehen und den Lebensabend in ihrer Nähe verbringen, denn so könnten Margrit und Hans-Jürg mehr Zeit mit ihren Enkeln verbringen. Allerdings können diese mit der Wohnform ihrer Tochter wenig anfangen. Im Gegenteil. Sie wünschen sich einzig, ihr Chalet möglichst bewohnen zu können. Aus diesem Grund möchten die beiden eine Totalsanierung ihres Chalets vornehmen. Vor dem Umbau graut ihnen. Deshalb wollen sie vorgängig ein zweites Chalet auf die Nachbarparzelle bauen und dieses beziehen, sobald der Umbau ihres alten Chalets beginnt.

Das ist natürlich ein ziemlich teures Unterfangen und deshalb informieren sie ihre Tochter, dass diese nun doch nicht wie vereinbart mit einem Erbvorbezug rechnen kann. Die Tochter ist über die Pläne der Eltern nicht sehr begeistert. Den Erbvorbezug hätte sie angesichts des bevorstehenden Wohnungskaufes gut gebrauchen können. Dennoch bietet sie ihren Eltern für die Umbauphase ein Zimmer bei sich an, das sei doch viel praktischer! Davon wollen Margrit und Hans-Jürg jedoch nichts wissen. Das neue Nachbarschalet muss her, auch wenn es nach dem Umbau wieder leer stehen wird. Schliesslich wollen sie eine ruhe Umgebung geniessen.

Nicht im Ernst oder? So unlogisch argumentieren die Befürworter der zweiten Gotthardröhre: Damit der bestehende Tunnel saniert werden könne, brauche es eine zweite Röhre. Diese wiederum würde jedoch die Einnahmen im Bahnverkehr mindern und der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale schaden. Es spricht nichts dagegen, das Chalet von Hans-Jürg und Margrit zu sanieren. Aber bitte logisch, ökologisch und wirtschaftlich. Noch ist das möglich, deshalb Nein am 28. Februar zur zweiten Gotthard-Röhre!

Flavia Wasserfallen, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz

Nein zur diskriminierenden und rückständigen CVP-Initiative

NUR MIT EINEM MASSIVEN NEIN GEGEN DIESE GEFÄHRLICHE INITIATIVE KÖNNEN WIR AM 28. FEBRUAR VERHINDERN, DASS DIE GLEICHSTELLUNG ALLER MENSCHEN IN DER SCHWEIZ AUF JAHRZEHNTE HINAUS BLOCKIERT WIRD. AUCH IM INTERNATIONALEN VERGLEICH GILT ES ZU VERHINDERN, DASS DIE SCHWEIZ AUF DAS ABSTELLGLEIS GERÄT.

Die Volksinitiative mit dem trügerischen Titel «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» wurde von der CVP 2012 eingereicht. Sie will die Bundesverfassung wie folgt ändern: «Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Sie bildet in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie darf gegenüber andern Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht bei den Steuern und den Sozialversicherungen.» Das Parlament, eine breite Parteien-Allianz, der Dachverband der Regenbogenfamilien sowie alle LGBTI-Organisationen wie fels, LOS, PINK CROSS und weitere lehnen die Initiative ab.

Nein zur diskriminierenden Ehedefinition

Die SP fordert die «Ehe für alle» und hat 2014/15 dafür Mehrheiten im National- und Ständerat erkämpft. Diese Fortschritte für die Grundrechte aller in der Schweiz werden durch die Initiative torpediert, weil

«Die Initiative diskriminiert hunderttausende zusammenlebende gleichgeschlechtliche Paare.»

sie die Ehe abschliessend als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau definiert und damit gleichgeschlechtliche Paare ausdrücklich ausschliesst. Damit verbaut sie den nötigen Schritt zur Ehe für alle, den wir in der Schweiz mit einer Anpassung des Zivilgesetzbuchs erreichen können. Diesen Schritt haben auch Länder wie Frankreich, Spanien und Irland in letzter Zeit gemacht. Für die SP ist jegliche Diskriminierung von Menschen mit anderer sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität absolut indiskutabel.

Nein zum Verbot der Individualbesteuerung

Die CVP-Definition der Ehe als «Wirtschaftsgemeinschaft» ist absurd. Im Klartext bewirkt sie das Verbot der Individualbesteuerung. Dabei ist die Schweiz das einzige Land Europas, das die Individualbesteuerung noch nicht eingeführt hat. Die Individualbesteuerung ist weltweit als Voraussetzung für die Gleichstellung von Frau und Mann

anerkannt. Sie würde endlich aufräumen mit den patriarchalen Begriffen der «Zweitverdiener» und des «Doppelverdienerabzugs».

Nein zum Steuergeschenk für einige wenige

Nach einem Bundesgerichtsurteil, das die ungleiche Besteuerung von Ehepaaren und Konkubinatspaaren rügte, haben Bund und Kantone ihre Steuersysteme angepasst. Bei den Sozialversicherungen sowie im Erbrecht sind Verheiratete und eingetragene Partnerschaften sogar im Vorteil und Konkubinatspaare benachteiligt. Die CVP-Initiative würde Steuerausfälle von jährlich 1,9 Milliarden Franken beim Bund und 390 Millionen Franken bei den Kantonen und Gemeinden verursachen. Erneute Abbauprogramme wären die Folge. Eine gerechte und vereinfachte Besteuerung für alle kann nur mit der Individualbesteuerung erreicht werden. Dafür setzt sich die SP ein.

Margret Kiener Nellen, Nationalratlerin BE

DISKRIMINIERUNG UNTER DEM DECKMANTEL DER FAMILIENPOLITIK

Die Initiative zeigt, welch schiefen Blickwinkel die CVP auf die familienpolitische Realität hat. Fast jede zweite Ehe wird heute geschieden und es gibt fast genauso viele ledige Personen wie verheiratete. Wir müssen also nicht dafür sorgen, dass verheiratete Paare mehr Rechte erhalten, sondern dass alle Lebensformen gleichberechtigt behandelt werden. Die CVP zeigt mit ihrer Initiative aber ihr erzkonservatives Gesicht: Der Initiativtext ist so verfasst, dass die Ehe zwischen Frau und Mann als Norm gesetzt wird. Der Bund hätte damit ohne weitere Verfassungsanderung keine Möglichkeit, die Eheschliessung auch gleichgeschlechtlichen Paaren zu ermöglichen. Wer sich also für eine diskriminierungs-

freie Gesellschaft einsetzt, muss die Initiative schon rein aus diesem Grund ablehnen. Auch der Wechsel zur getrennten Besteuerung von Ehemann und Ehefrau wäre mit dieser neuen Bestimmung ohne Verfassungsanderung nicht möglich. Die SP-Frauen setzen sich schon seit Jahren für eine Individualbesteuerung ein, weil sie das einfachste Mittel ist, die Ungleichbehandlung verschiedener Lebensformen zu beseitigen. Zudem hat sie den stärksten Wachstumseffekt, weil sie Barrieren für die Erwerbsbeteiligung von Zweitverdienenden am wirkungsvollsten abbaut. Die Besteuerung des Zweitverdienstes hat bei Verheirateten oft die Wirkung einer Barriere und hält einen Teil des Ehepaars davon ab,

erwerbstätig zu sein. Oft sind das die Frauen. Auch die Fakten sprechen gegen die Initiative: Gemäss Bundesgericht existiert keine Heiratsstrafe. Im Gegenteil, die schlechtere Stellung von Verheirateten bei den AHV-Renten werde mehr als wettgemacht durch andere finanzielle Vorteile für verheiratete Paare und finanzielle Benachteiligungen von Konkubinatspaaren bei den Sozialversicherungen. Das höchste Gericht ist davon überzeugt, dass eine Aufhebung der «Heiratsstrafe» bei den AHV-Renten nicht zu einer Gleichbehandlung führen würde, sondern vielmehr zu neuen Ungleichheiten – und einer weiteren finanziellen Bevorzugung der verheirateten Paare.

Yvonne Feri, Nationalratlerin AG

Poker um Spitalstandorte

Die Spitalstandortinitiative ist eine Bombe, die der Grosse Rat entschärfen muss. Diese Worte stammen vom SVP-Sprecher anlässlich der Eintretensdebatte in der Novembersession im Grossen Rat. Ironie der Geschichte: Es sind mehrheitlich SVP-Exponentinnen und -Exponenten, welche an vorderster Front hinter der Initiative stehen. Und es war die bürgerliche Mehrheit, welche die Weichen im Berner Gesundheitswesen vor Jahren so gestellt hat, dass wir heute über Spitalstandorte diskutieren müssen.

Es war geplant, in der Novembersession die Spitalstandortinitiative und die Gegenvorschläge zu beraten. Der Gegenvorschlag der Regierung fand aber schon in der vorbereitenden Kommission keine Mehrheiten. Dies, weil die vorgeschlagenen Finanzierungsvarianten durch Abgaben der Zusatzversicherer oder mittels Steueranlagenerhöhung zu wenig Zustimmung fanden. Als Alternativen standen im Grossen Rat zwei kurzfristig eingereichte Gegenvorschläge von der SVP und der SP zur Debatte.

Initiative chancenlos, Gegenvorschlag prüfenswert

Die Voten der Fraktionen zeigten rasch, dass die Initiative im Grossen Rat keine Chance hat. Nicht die gut funktionierende und qualitativ

hochstehende Gesundheitsversorgung im Kanton Bern steht nämlich auf dem Spiel. Es geht vielmehr um regionalpolitische Fragen und um die Angst vor schleichendem Verlust eines flächendeckenden Service public; wenn es um Gesundheit geht, sind alle betroffen!

Klar ist: Die SP setzt sich ein für eine flächendeckende, qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung. Dazu gehören gut ausgebildetes Gesundheitspersonal, Haus- und Spezialärzte. Es braucht einen funktionierenden Ambulanz- und Notfalldienst sowie die nötige Infrastruktur. Das ist nicht gratis zu haben. Der Kanton Bern gibt denn auch jährlich über eine Milliarde Franken für das Gesundheitswesen aus.

Staat ohne Einfluss auf die Spitalversorgung

Der bürgerlich dominierte Grosse Rat hat die Spitalversorgung sukzessive der staatlichen Kontrolle entzogen. In einem ersten Schritt wurden die Spitäler schon vor Jahren privatisiert. In einem zweiten Schritt hat die bürgerliche Mehrheit 2012 dem Entwurf für ein fortschrittliches Spitalversorgungsgesetz von Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud sämtliche Zähne gezogen. Der Gesetzesentwurf sah unter anderem einen Fonds zur Finanzierung von Leistungen vor, wel-



Michael Aebersold, Grossrat und Fraktionspräsident SP-JUSO-PSA-Fraktion

Ziel: eine flächendeckende, qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung

che nicht kostendeckend angeboten werden können.

Logische Konsequenz dieser politisch motivierten Entscheide ist die Schliessung der Geburtshilfe in Riggisberg sowie der Geburtsabteilung im Spital Zweisimmen. Die Empörung war gross und Riggisberg plötzlich überall. Überrascht von den Geistern, die man gerufen hatte, lancierte ein SVP-dominiertes Komitee die Spitalstandortinitiative: ein Gesetzesvorschlag, welcher den Kanton verpflichtet, bestimmte Spitalstandorte mit vorgegebenem Leistungsangebot mindestens acht Jahre aufrechtzuhalten. Die Kosten dafür wären immens.

Der Grosse Rat will prüfen

Als Kompromiss hat die SP einen Gegenvorschlag in die Debatte eingebracht. Dieser nimmt Anliegen der Initiative auf, konnte aber nicht mehr vorberaten werden. Zu Recht hat der Grosse Rat deshalb das Geschäft an die Kommission zurückgewiesen. Ob ein Gegenvorschlag zustande kommt, hängt nun von den Initianten ab: Wie weit weichen sie von ihren Maximalforderungen ab, und sind sie überhaupt bereit, die Initiative zurückzuziehen? Falls nicht, kann es 2016 zu einem Poker um Spitalstandorte kommen. Gedient wäre damit niemandem.



Der Streit um Standorte: in Bern Spital geschlossen, Asylunterkunft eröffnet.

KANTONS RAT

TISA – verborgener Demokratieabbau

Das «Trade in Services Agreement» oder, zu Deutsch, Dienstleistungsabkommen gefährdet den Service public und viele weitere Dienstleistungen. Auf die neun von der Grünen Fraktion gestellten Fragen hat der Regierungsrat Antworten, die sich auf einen Punkt bringen lassen: «Was ich nicht weiss, macht mich nicht heiss. Franziska Roth, Solothurn, meint: «Als Kantonsregierung inaktiv zuzuwarten, bis man informiert wird, ist aus unserer Sicht, wie dem Ticken einer Zeitbombe, die gegen unsere Volksrechte gezündet wird, tatenlos zuzuhören. Wer sich auch nur ansatzweise mit TISA beschäftigt, weiss, dass dieses Abkommen nur negative Auswirkungen auf unseren Kanton hätte. Das Abkommen rüttelt massiv an den drei Grundpfeilern unseres Erfolgsmodells Schweiz: an der Qualität unseres Service public, an der direkten Demokratie und an der Wirtschaftspolitik. Es ist sicher kein Zufall, dass es einem Land wie dem unsrigen, wo alle wichtigen Leistungen für die Bevölkerung von der öffentlichen Hand erbracht werden (Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie, öffentlicher Verkehr, etc.), wirtschaftlich immer noch so gut geht.»

Genau diese wichtigen Vorteile werden aber von neuen Freihandelsabkommen bedroht, die weite Teile des öffentlichen Dienstes dem



Wer sich auch nur ansatzweise mit TISA beschäftigt, weiss, dass dieses Abkommen nur negative Auswirkungen auf unseren Kanton hat.

«freien» Markt überlassen und der demokratischen Kontrolle entziehen wollen. Es ist schon erstaunlich, dass sich nur die Ratslinke mit der Thematik auseinandergesetzt und die Tragweite dieses Abkommens erkannt hat.

EL mit gravierenden Vollzugsproblemen

Die Ergänzungsleistungen sind ein weiteres Dossier aus dem Volkswirtschaftsdepartement, dem ungenügende Beachtung geschenkt wird. «Laisser-faire» scheint auch hier das Motto zu sein. Seit Jahren ist die Bearbeitungszeit von Gesuchen für Ergänzungsleistungen (EL) nicht mehr akzeptabel. Betroffene, häufig Pensionierte, warten Monate auf die Ausrichtung von Leistungen, kommen in finanzielle Nöte oder müssen Sozialhilfe beziehen. Ein Zustand, der auch die Gemeinden belastet, da der vermeidbare administrative Zusatzaufwand durch diese geleistet werden muss. Die Antworten auf die Interpellation von Susanne Schaffner, Olten, sind ehrlich und erschreckend. Zwei Drittel der Neuansmeldungen sind seit mehr als sechs Monaten pendent. Die Rückerstattung von Krankheitskosten ist im Verzug. Die Situation ist zwar seit längerem bekannt, wie die Mängel behoben werden sollen, steht wohl in den Sternen, leider aber nicht in den Antworten der Regierung. Der Verwaltungsrat der Ausgleichskasse, welcher von der Volkswirtschaftsdirektorin präsidiert wird, ist in der

Pflicht, die Missstände zu beheben, was auch zugesichert worden ist. Die SP zeigt sich unbefriedigt von den Antworten wie auch von der Situation. Sie erhielt von allen Fraktionen mehr oder weniger vehemente Unterstützung.

FHNW – Konzentration aufs Wesentliche

Die Fachhochschule Nordwestschweiz löst immer wieder Diskussionen aus, so auch in dieser Session. Der Vorstoss der SP verlangt eine Profilschärfung der Hochschule. Sie soll sich vor allem auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, die hochstehende, praxisorientierte Ausbildung. Anlass zur Kritik ist die Wahrnehmung, dass die FHNW zu akademisch ausbildet und die Forschung einen zu hohen Stellenwert genießt, insbesondere bei der Pädagogischen Hochschule. Die Schule ist sehr erfolgreich und verzeichnet einen grossen Zuwachs an Studentinnen und Studenten. Dies ist zwar sehr erfreulich und in Anbetracht des Fachkräftemangels auch wichtig. Es hat aber zur Folge, dass die Kosten ansteigen. Es ist stossend, wenn die Volksschule sparen und Lektionen abbauen muss, die FHNW jedoch zusätzliche Mittel bekommt. Die knappen finanziellen Mittel müssen optimal eingesetzt werden. Der Rat folgte dem Anliegen der SP einstimmig und beauftragte die Regierung, sich für diese Anliegen einzusetzen.

Urs von Lerber, Kantonsrat, Luterbach

Am teuersten ist keine Bildung

Die Kantone müssen sparen und sie tun das immer häufiger auch bei der Bildung. Zwischen 2013 und 2015 haben die Deutschschweizer Kantone mindestens 265 Millionen Franken im Bildungsbereich eingespart. Für die Jahre 2016 bis 2018 sind sogar noch umfassendere Abbaumassnahmen von mindestens 536 Millionen Franken geplant. Im Kanton Solothurn sind es im Rahmen des Massnahmenplans ca. acht Millionen Franken. Jetzt ziehen weitere schwarze Wolken am Himmel auf. Die Nationalbank wird kaum mehr Geld an die Kantone ausschütten und die Folgen der Unternehmenssteuerreform III sind auch für unseren Kanton noch nicht absehbar. Auf alle Fälle werden fehlende Einnahmen ein zusätzliches Loch

in die Kantonskasse reissen. Schon melden sich Politiker zu Wort, welche zusätzliches Sparpotenzial bei der Bildung zur Rettung der Kantonsfinanzen orten. Argumentiert wird mit dem Kostenanstieg bei der Volksschule, der Berufsbildung oder den Hochschulen. Das Statement «Bildung ist unser einziger Rohstoff» verkommt zur Floskel. Die Volksschule sei vor zwanzig Jahren auch nicht schlecht gewesen, sagen Sparpolitiker. Sie finden es vertretbar, die Unterrichtsverhältnisse und die Rahmenbedingungen an die Vergangenheit anzupassen. Aber die Sparer rechnen falsch. Diese Rechnung kann nicht aufgehen, weil die Schule nicht grundlos teurer geworden ist. Die Erwartungen, welche Eltern, Politik oder Wirtschaft stellen, sind parallel dazu mitge-

MEIN STANDPUNKT

Mathias Stricker, Bettlach
Kantonsrat
mathias.stricker@bluewin.ch



wachsen. Natürlich ist auch die Bildung ökonomischen Grundsätzen verpflichtet und muss sich kritisch reflektieren. Nötige und vertretbare Optimierungen sind vorzunehmen. Diese sind aber immer hinsichtlich der Wirkung auf Kinder, Jugendliche oder Lehrpersonen genauestens zu überprüfen. Die Bildungsausgaben können jetzt nicht einfach auf ein früheres Niveau zurückgeschraubt werden, denn die Ansprüche an die Schulen sind massiv gestiegen. Weitere Sparmassnahmen, sei es bei der Integration oder bei der Berufsbildung, werden uns langfristig mehr Kosten verursachen. Und die Zitronen sind auch im Kanton Solothurn bereits ausgepresst!

SESSIONSRÜCKBLICK

Kantonsfinanzen in der Sackgasse – Teilerfolge für die SP

SchülerInnen-Demo vor dem Regierungsgebäude.



Ylfete Fanaj,
SP-Fraktionschefin

Aufgrund tieferer Steuererträge und NFA-Zuflüsse klappt in den Kantonsfinanzen ein Riesenloch. Für das Budget 2016 nahm die Regierung kurzfristig einschneidende Abbaumassnahmen in den Bereichen Bildung, Soziales und Sicherheit vor. Im Aufgaben- und Finanzplan bis 2019 fehlen dann weit über 300 Millionen! Die Regierung agierte planlos, kommunikativ hilflos und zeigte keine nachhaltigen Lösungen auf. Entsprechend intensiv verlief die dreitägige Budgetdebatte. Immerhin konnte die SP-Fraktion dank ihres konsequenten Einsatzes zumindest Teilerfolge erzielen.

- Keine Schliessung der Fachklasse Grafik.
- Für den freiwilligen Instrumentalunterricht auf Gymi-Stufe werden keine Gelder gestrichen.
- Die Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen wird nicht erhöht.
- Die Elternbeiträge für die post-obligatorische Schulzeit werden nicht erhöht.
- Auf die Reduktion der Patrouillen bei der Polizei wird verzichtet.

Die bürgerliche Mehrheit setzte aber trotz unseres erbitterten Widerstandes einen erschreckenden Abbau durch. Einige Beispiele:

- Kürzung Individuelle Prämienverbilligung um 1,7 Mio. Franken.
- Kürzung von 1 Prozent bzw. 700 000 Franken bei den sozialen Einrichtungen. In den Jahren 2015/16 mussten schon je 2,5 Prozent eingespart werden.
- «Zwangsferien» im Gymnasialbereich und in der Berufsbildung.
- Der Jahresbeitrag an die Volkshochschulen wurde gestrichen.
- Der Trägerbeitrag an die Universität wurde gekürzt.
- Die ganze Kantonsverwaltung muss den Personalaufwand um 1 Prozent reduzieren.

- Die Mitarbeitenden des Gesundheits- und Sozialdepartements und des Bildungs- und Kulturdepartements müssen Einsparungen von 5 Prozent in Kauf nehmen.
- Bei der Denkmalpflege wird der Subventionskredit um 1 Mio. Franken gekürzt.

Doch damit nicht genug. Das nächste Abbauprogramm 2017–2019 ist schon beschlossene Sache: das KP17 – nämlich das Konsolidierungsprogramm. Die SP will den Leistungsabbau nicht hinnehmen und hat mit über 40 Partnerorganisationen drei Volksinitiativen lanciert. Ein starker Service Public soll mit einer flächendeckenden und qualitativ hochstehenden Versorgung der Kantonsbevölkerung mit öV, Spitälern und Bildung zu zahlbaren Preisen erreicht werden.

So langsam beginnt es bei besonnenen bürgerlichen Kräften zu dämmern, dass der Kanton ein Einnahmenproblem hat und der Abbau staatlicher Leistungen den Lebensnerv trifft. Die SP wird ihren eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen und einen Kanton für alle statt für wenige gestalten!

Die SP will den Leistungsabbau nicht hinnehmen und hat mit über 40 Partnerorganisationen drei Volksinitiativen lanciert.

«Zukunft statt Abbau»

Unser Gegenentwurf zum Tun der Rechtskonservativen

UNSER KANTON WIRD VON EINER SATTEN RECHTSKONSERVATIVEN MEHRHEIT AUS FDP UND SVP REGIERT. VOR EINEM MONAT HABEN WIR DESHALB DIE KAMPAGNE «ZUKUNFT STATT ABBAU» ALS STARKEN GEGENENTWURF PRÄSENTIERT UND BEZIEHEN KLAR UND POINTIERT STELLUNG ZU DEN FÜNF SCHWERPUNKTEN TRANSPARENZ, FINANZEN, BILDUNG, WOHNEN UND SERVICE PUBLIC.



Adil Koller, Co-Präsident BL

In den nächsten Jahren wird sich die SP Baselland gegen die Kürzungen bei der Bildung, im ÖV und beim Staatspersonal einsetzen. Stattdessen soll es mehr zahlbare Wohnungen, anständige Krankenkassen-Prämienverbilligungen und eine ehrliche Zusammenarbeit mit Basel-Stadt geben. Diese Eckpfeiler haben wir vor einem Monat eingeschlagen, was ist seither passiert?

Klare Sprache

Die SP äussert sich klar und deutlich. Das ist die neue SP-Politik: Wir lassen uns nicht abspesen. So z. B. beim ELBA-Ausbau: Nur weil Regierung und Landrat neben den milliardenteuren Umfahrungen und Tunnels auch noch ÖV-Projekte einbauten, haben wir den Blick für das grosse Ganze nicht verloren und konsequent das Referendum ergriffen. Auf der einen Seite Leistungen abbauen und auf der anderen Seite beim Strassenbau klotzen? Dass dies nicht geht, konnten wir der Bevölkerung mit einer starken Kampagne und einer verständlichen Sprache erklären. Eine solch klare Niederlage der Wirtschaftskammer und der Strassenbaulobby ist dabei für das Baselbiet ein historisches Ereignis.

Konkrete Vorstösse zu den Schwerpunkten

Die Rechtskonservativen stellen sich vor den Filz und lehnen einen SP-Vorstoss für die Offenlegung der Finanzierung von grossen Kampagnen ab. Transparenz ist nötig im Baselbiet: Im Dunstkreis der Wirtschaftskammer angesiedelte Gesell-

schaften sind aktuell sogar Teil einer Strafuntersuchung. Zusammen mit den Grünen ist eine Anti-Filz-Initiative in Prüfung. Die Rechtskonservativen blockieren hier weiterhin alle Aufklärungen. Transparenz und Klarheit statt Politfilz!

Für Gemeinsinn braucht es den Service public. FDP und SVP wollen dies nicht wahrhaben und den Service public stattdessen zerschlagen. Die Regierung schreckt bereits im Budget 2016 nicht davor zurück, kräftig zu kürzen. Bei den Schwachen, den tiefen Einkommen und dem Mittelstand, den Kindern und der Natur abbauen? Nicht mit uns! Die SP wehrt sich mit Budgetpostulaten dagegen. Teilweise hat die Regierung bereits eingelenkt – so soll zum Beispiel bei der Verkehrsinstruktion für die SchülerInnen nicht abgebaut werden.

Zu Monica Gschwinds Bildungspolitik geben wir weiterhin Gegensteuer und stellen uns gegen das rückwärtsgewandte «Starke Schule»-Komitee. Dieses verbreitet mit einer Initiativeflut Unruhe an den Schulen. In einem Mail difamierte die «Starke Schule» aber auch unseren alt Regierungsrat aufs Grösste, weshalb wir uns mit einem Schreiben an alle Lehrpersonen mit öffentlichen Mailadressen wandten. Für diese Klarstellung erhielten wir viel Lob von den Lehrpersonen.

Unsere Forderung nach einer Wohnoffensive haben wir neben der Initiative «Wohnen für alle» mit zahlreichen Vorstössen für mehr zahlbaren Wohnraum und mehr Genossenschafts-Wohnungen un-

terlegt. Dank der guten Arbeit der Landratsfraktion wurden alle überwiesen. Nun warten wir auf die Vorlage des Regierungsrats.

Wir bearbeiten die fünf Themen konsequent und mit Nachdruck: Im Parlament, in den Medien und in der täglichen politischen Arbeit. Für Zukunft statt Abbau!

www.zukunftstatabbau.ch



EINLADUNG



DREIKÖNIGSTREFFEN DER SP MUTTENZ

Sonntag, 3. Januar 2016, 10 Uhr
Aula, Primarschule Donnerbaum
Schanzweg 20, MuttENZ

UELI MÄDER

Autor von «macht.ch – Geld und Macht in der Schweiz»

1989 besaßen die 300 Reichsten in der Schweiz 82 Milliarden, Ende 2014 bereits 589 Milliarden Franken. Hat ihre Macht entsprechend zugenommen? Wer hat wie viel Macht in der Schweiz? Welche Rolle spielt dabei das Geld?

Im Gespräch mit Ruedi Brassel stellt Ueli Mäder sein neues Buch «macht.ch» vor.

Im Anschluss daran folgt der traditionelle Dreikönigsapéro.

AGENDA SP BL

- Bis Ende Februar: Gemeindevahlkampf!
- So, 3. Januar, 10 Uhr, **Dreikönigstreffen der SP MuttENZ mit Ueli Mäder**, Aula Schulhaus Donnerbaum, Schanzweg, MuttENZ
- Mi, 13. Januar, 19.15 Uhr, **Delegiertenversammlung** Gemeindefaal, Hauptstrasse, Reinach
- So, 28. Februar, **Abstimmungs- und Wahlsonntag, Wahlen in den Baselbieter Gemeinden**

WEITERE DVs 2016

- Sa, 16. April (GDV); Do, 18. August; Mittwoch, 19. Oktober

WEITERE ABSTIMMUNGSDATEN

- So, 5. Juni; So, 25. September; So, 27. November

PARTEITAGE 2016

- Sa, 11. Juni; Sa, 5. November



«Das ist eben das Schöne an unserer Partei: Wir sind ein Team.»

ROGER NORDMANN

FRISCH GEWÄHLTER PRÄSIDENT
DER SP-BUNDESHAUSFRAKTION

Herzliche Gratulation zu deiner Wahl zum Fraktionspräsidenten. Weshalb, glaubst du, hat sich eine Mehrheit der Fraktion für dich entschieden?

Das muss man nicht mich fragen, sondern die Mitglieder der Fraktion, die mich gewählt haben! Sie haben den Entscheid gefällt. Ich weiss nur, was ich ihnen vorgeschlagen habe: Versuchen, wichtige Vorlagen wie die Energiestrategie 2050 oder die Rentenreform zu retten, die Abbauvorlagen im Parlament abzuschwächen und das Verhältnis zu Europa zu verbessern – ganz nach dem Motto «Bilaterale für alle statt für wenige».

Du warst während den letzten vier Jahren Vizepräsident der SP-Fraktion. Inwiefern hilft dir diese Erfahrung für dein neues Amt?

Sehr. Ich kenne die Erwartungen, die an einen Fraktionspräsidenten gestellt werden, und auch die verschiedenen Abläufe. Ich hatte das Glück, dass mir Andy Tschümperlin bereits in vielen Bereichen Einblick gewährt hat. Nichtsdestotrotz war der Einstieg happig: Nur 24 Stunden nach meiner Wahl musste ich bereits mit den anderen Fraktionspräsidenten die Besetzung der Kommissionssitze aushandeln. Zum Glück haben mich Andy Tschümperlin und Christian Levrat im Vorfeld beraten. Das ist eben das Schöne an unserer Partei: Wir sind ein Team.

Mit dir als Fraktionspräsident und Christian Levrat als Präsident besetzen gleich zwei Romands wichtige Führungspositionen. Ein Nachteil für die SP in der Deutschschweiz?

Nein, weil weder Christian noch ich Romand-Chauvinisten sind. Wir machen nationale Politik und nicht Lokalpatriotismus. Ich werde alles daransetzen, die Fraktionsmitglieder aus der Deutschschweiz zu stärken. Zudem ist meine Rolle stark nach innen gerichtet. Der Fraktionspräsident ist kein Solist, sondern ein Dirigent.



«Mich reizt, dass ich der SP etwas zurückgeben kann.»

BEAT JANS

NEUER VIZEPRÄSIDENT DER SP SCHWEIZ

Herzliche Gratulation zu deiner Wahl zum neuen Vizepräsidenten der SP Schweiz. Welche Ziele hast du dir für deine Zeit als Vizepräsident gesetzt?

Ich möchte dazu beitragen, dass die SP bei den nächsten Wahlen deutlich zulegt.

Die nächste Legislatur dürfte nach dem Wahlerfolg der Rechten nicht besonders einfach werden. Wo siehst du die grössten Herausforderungen für die SP?

Zunächst müssen wir die Reform der Altersvorsorge und die Energiestrategie in unserem Sinn ins Trockene bringen. Und dann werden wir mit Sicherheit heftige Angriffe auf unsere Errungenschaften abwehren müssen. Die politisch erstarkte Finanzelite der Schweiz wird sich jetzt daranmachen, unseren Staat zu schwächen. Das müssen und werden wir mit Referenden verhindern. Das wird uns allerdings nur dann gelingen, wenn die Leute realisieren, dass wir ihre Interessen und nichts anderes verteidigen. Wir müssen die Menschen dort abholen, wo sie sind, mit einer Sprache, die sie verstehen, und politischen Schwerpunkten, die sie betreffen.

Mit dem neuen Mandat wird auch die Arbeitsbelastung zunehmen. Wirst du irgendwo Abstriche machen müssen?

Ja, ich werde einzelne Mandate abgeben und weniger berufliche Aufträge annehmen. Ich werde aber weiter als Teilzeithausmann eine wichtige Rolle in der Betreuung meiner Kinder spielen.

Was reizt dich am meisten an deiner neuen Aufgabe?

Der SP habe ich viel zu verdanken. Ihr jahrzehntelanger Einsatz für Chancengleichheit hat mir als Arbeiterkind letztlich ermöglicht, eine ausgezeichnete Ausbildung zu durchlaufen und wertvolle Berufserfahrung zu sammeln. Mich reizt, dass ich der SP und unserem Land etwas davon zurückgeben kann.

ZWEI DENKNETZ-REFORMKONZEPTE FÜR EIN GUTES ALTER – AUCH NOCH IN 20 JAHREN

BVG-Einheitsrente ab 85, solidarische Langzeitpflege

DIE WAHLEN HABEN DIE RECHTSBÜRGERLICHEN KRÄFTE GESTÄRKT. SVP, FDP UND DER RECHTE FLÜGEL DER CVP WERDEN IHRE «WAHLDIVIDENDE» EINFORDERN – GERADE AUCH IN DER ALTERSPOLITIK. DIE LINKE SOLLTE SICH JETZT NICHT IN DIE DEFENSIVE DRÄNGEN LASSEN. WIR BRAUCHEN KONZEPTE UND PERSPEKTIVEN FÜR EINE ALTERSPOLITIK, DIE AUCH IN ZWANZIG JAHREN NOCH TRAGFÄHIG IST.

Der Kommunikationspsychologe Paul Watzlawick sagt: Man kann nicht nicht kommunizieren. Dasselbe gilt für die Sorge um pflegebedürftige Menschen: Man kann sich nicht nicht um sie kümmern. Jedenfalls nicht, wenn man verhindern will, dass pflegebedürftige Menschen verelenden. Deshalb müssen die Spitexdienste ausgebaut, pflegende Angehörige besser unterstützt, mehr Pflegepersonal ausgebildet und das Wohnen im Alter von der öffentlichen Hand gesteuert werden. Eine solche weitsichtige Alterspolitik ist besser, aber nicht teuer. Gute Spitexen reduzieren beispielsweise den Bedarf an teuren Pflegeheimplätzen. In der Schweiz gibt es allerdings eine inakzeptable Lücke: Es fehlt eine nationale Gesetzgebung zur Pflege und Betreuung von LangzeitpatientInnen.

Wir brauchen dringend eine nationale Debatte über die Frage, wie wir die Würde aller hochbetagten und pflegebedürftigen Menschen sichern und die Kantone zu guten Spitexen und integrierten Angeboten für Hochbetagte verpflichten können. Die Denknetz-Fachgruppe «Langzeitpflege und -betreuung» präsentiert dazu ein Working Paper und publiziert im Rahmen eines Online-Dossiers eine Reihe von Texten, zum Beispiel zu den Lösungswegen in den skandinavischen Ländern oder im Kanton Waadt. Letzterer macht vor, was schweizweit umgesetzt werden müsste.

BVG-Solidaritätsrente

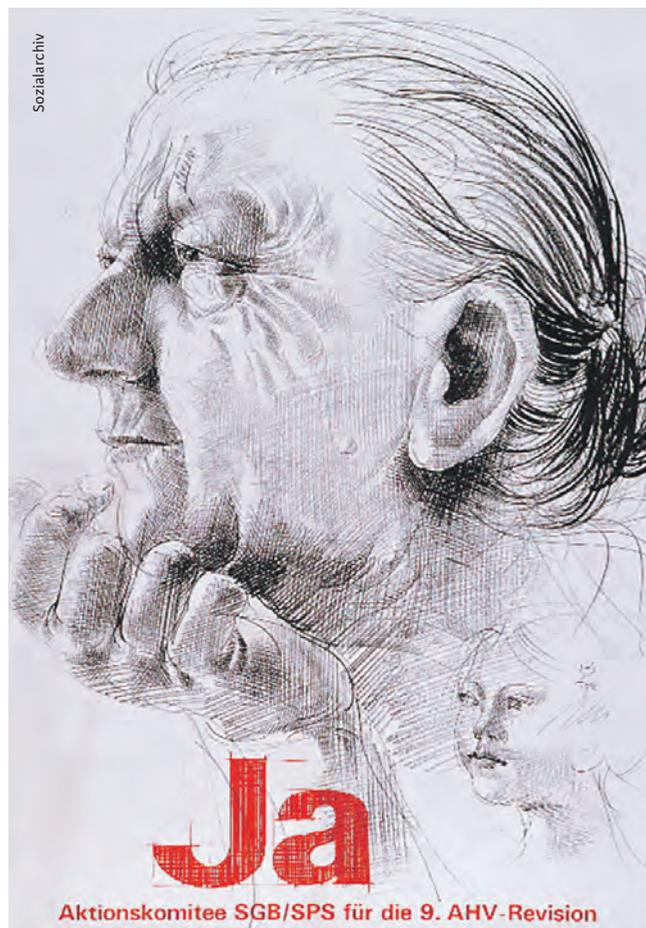
Zur bürgerlichen «Wahldividende» gehört, dass der Kompromiss des Ständerates zur Altersvorsorge wohl gestrichen und der Druck auf

«Mit der Solidaritätsrente treffen wir fünf Fliegen auf einen Schlag.»

ein Rentenalter 67 wieder erhöht wird. Diesem Druck wird man auf Dauer nicht standhalten können ohne eigene, fortschrittliche und glaubwürdige Konzepte, die der demographischen Entwicklung die Stirn bieten, die unsoziale Konstruktion der 2. Säule korrigieren und deren Abhängigkeit von den Kapitalmärkten beschränken. Genau dies will das Denknetz-Modell einer einheitlichen BVG-Solidaritätsrente ab dem 85. Altersjahr. Die Höhe soll dem BVG-Rentenmaximum im

Obligatorium (gegenwärtig rund 1750 Franken pro Monat) entsprechen und zusätzlich zur AHV und zu den überobligatorischen BVG-Rentenanteilen ausbezahlt werden. Die Finanzierung soll im Umlageverfahren durch paritätische Lohnbeiträge sowie aus freien Mitteln der Pensionskassen erfolgen. Damit treffen wir fünf Fliegen auf einen Schlag: Erstens wird die Solidarität mit den hochbetagten Menschen gestärkt. Zweitens werden die Pensionskassen erheblich entlastet, was vor allem für die bedrohten Rentnerkassen (mit mehr RenterInnen als Erwerbstätigen) von grosser Bedeutung ist. Drittens kann durch diese Entlastung der Umwandlungssatz bei den obligatorischen BVG-Renten und damit das Niveau der Renten gewährleistet werden. Viertens wird die heikle Exponierung von Rentengeldern an den Kapitalmärkten gesenkt. Und fünftens kann dank höheren Renten die EL entlastet werden, ohne dass EL-Leistungen abgebaut werden müssen.

Beat Ringger, geschäftsführender Sekretär Denknetz



DENKNETZ-DOSSIER

GUTES ALTER

Die erwähnten Texte finden sich im Denknetz-Dossier «Gutes Alter» auf www.denknetz.ch. Wer weitere Informationen wünscht oder im Denknetz mitwirken möchte, sendet ein Mail an info@denknetz.ch.



Die SP lebt vom Engagement ihrer Mitglieder: Küchentischtreffen vor den Wahlen in Winterthur.

Werte teilen, Werte leben

DIE GRUNDWERTE DER SP FINDEN IN WEITEN KREISEN UNSERER GESELLSCHAFT ANERKENNUNG. WESHALB LEGEN TROTZDEM NUR 20 PROZENT DER WÄHLERINNEN UND WÄHLER EINE SP-LISTE IN DIE URNE? UND WIE KÖNNEN WIR DIES ÄNDERN?



Heinz Looser, Begleitgruppe Organisation und Projekte der SP Schweiz

Mein Kollege Martin teilt viele unserer Werte: Solidarität und Gemeinsinn, gleiche Rechte für alle, Freiheit und freie Entfaltungsmöglichkeiten – und zwar nicht nur für Wohlhabende. Trotzdem wählt er nicht immer SP, uns entgeht also eine wichtige Stimme. «Für alle statt für wenige wäre ja schon schön», meint er, «aber die SP träumt von einer weltfremden Utopie. Letztlich denkt jeder nur an sich.»

Was lässt sich dagegen sagen? Unsere Kernbotschaft steht tatsächlich im Widerspruch zur alltäglichen Erfahrung vieler: Während sogar die FDP auf Wahlplakaten mit Gemeinsinn wirbt, dominieren im Arbeitsalltag Konkurrenz und Kleinkrieg. Wer wird befördert, wer erhält mehr Lohn und wer kann den Arbeitsplatz behalten, weil er oder sie besser performt? Das alltägliche Augenmerk gilt zwangsläufig der Frage, wie kann ich besser sein als die anderen, mich besser verkaufen, positiv auffallen. Da bleibt wenig Platz, auch noch an die anderen oder gar an alle zu denken, so, wie es die SP propagiert.

Solidarität aber muss erlebt und mit-geteilt werden, damit sie Bedeutung erhält. In unserem Engagement, als Mitglieder der Partei, erleben wir ganz direkt, dass jede und jeder auch an die anderen denkt. Wir sind eine der grossen Freiwilligenorganisationen in der Schweiz. Das erleben wir tagtäglich und davon können wir aber auch gegen aussen erzählen. Unse-

re gelebte Solidarität macht unsere Partei attraktiv und glaubwürdig, für die Mitglieder – und auch für die Wählerinnen und Wähler. Aber wir müssen davon berichten. Denn genau darin unterscheiden wir uns von den grosszügig mit Spenden eingedeckten bürgerlichen Parteien und ihren Volksvertretern, die weniger mit ihren Werten als vielmehr mit ihren finanzkräftigen Spendern verbunden sind. Bei uns ist Politik nicht ein Synonym für die Vergabe von Aufträgen und Gefälligkeiten an Unternehmen. Und das können wir gar nicht genug betonen.

Unser Engagement geht nicht ohne Aufwand an Zeit und ist verbunden mit einer gehörigen Portion Zivilcourage – zumindest in ländlichen Gebieten, in denen den Roten ein rauer Wind entgegenbläst. Dieser Mut und Einsatz wurzelt in unserer Solidarität und unserem Gemeinsinn. Auf das aber können wir stolz sein. Und wir sollten es noch stärker sichtbar machen, in beispielhaften Geschichten, mit illustrativen Daten und Fakten. Ich führe hier nur zwei Beispiele an: Hunderttausende von Menschen aus der Arbeiterbewegung kämpften einst für die AHV, obwohl sie wussten, dass

sie vielleicht nicht mehr selbst davon profitieren würden. Oder: Die ersten Mitglieder der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich wussten sehr wohl, dass sie von ihrem monatlichen Zwanzigrappenstück als Genossenschaftsbeitrag kaum je würden profitieren können. Trotzdem sparten sie sich dieses vom Mund ab, zum Wohl der kommenden Generationen.

«Für alle statt für wenige» ist bereits heute eine von vielen gelebte Erfahrung, sie gehört zu einer emotional bedeutsamen Gegenwart in einer profitorientierten Wirtschaft. Übrigens – auch die Forschung stärkt uns den Rücken, wie jüngste Ergebnisse zeigen: Anteilnahme und Hilfsbereitschaft, Kooperation und Solidarität waren für den evolutionären Erfolg der Spezies Mensch wichtiger als Konkurrenz und Aggressivität. Und die Glücksforschung bestätigt, dass Gesellschaften mit kleinen sozialen Unterschieden und Rücksichtnahme auf die Schwächsten glücklicher sind als egozentrisch orientierte. Für alle statt für wenige bleibt unbestritten ein kräftiges Argument – wir müssen es aber sichtbar in die Waagschale werfen!

«Solidarität muss erlebt werden.»

NÄHER BEI DEN WÄHLERINNEN

In einer Artikelserie loten wir aus, auf welchen Wegen und mit welchen Strategien die SP noch mehr Wählerpotenzial abrufen und Mitglieder gewinnen kann. Wir stellen Ideen vor – ihr alle seid herzlich eingeladen zu ergänzen und zu diskutieren!



New Old Labour

Politikwechsel in der britischen Labour Party

NACH DEN PARISER TERRORANSCHLÄGEN WAREN SICH EUROPAS REGIERUNGSCHEFS SCHNELL EINIG: DEM IS MUSS DER KRIEG ERKLÄRT WERDEN. IM GEGENSATZ DAZU POSITIONIERTE SICH DIE BRITISCHE LABOUR PARTY UNTER IHREM NEUEN CHEF JEREMY CORBYN NICHT NUR ALS DEZIDIERTE ANTI-KÜRZUNGS-, SONDERN AUCH ALS ANTI-KRIEGSPARTEI.



Roland Erne ist Mitglied der SP International und der SP Zürich 6. Er lehrt internationale und vergleichende Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

«Corbyn hat in seiner Fraktion und in den britischen Medien einen schweren Stand.»

Die Nachwahlen fürs britische House of Commons, die französischen Regionalwahlen im Dezember sowie die polnischen Wahlen im Oktober scheinen Jeremy Corbyn Recht zu geben. Während der wirtschaftsfreundliche PS in Frankreich eine historische Niederlage kassierte und die polnische Sozialdemokratie gar ganz aus dem Parlament flog, gewann Labour im Vergleich zur letzten Parlamentswahl 7,5 Prozent dazu – und dies obwohl viele Kommentatoren einen Durchbruch der rechtspopulistischen United Kingdom Independence Party vorausgesagt hatten.

Doch offensichtlich überzeugte Labours Kampagne gegen die konservative Kürzungspolitik mehr als die Versuche, Labour unter Corbyn als unpatriotisch zu diskreditieren. Auch in nationalen Umfragen sind Labours Werte stabil. Dennoch hat Corbyn in seiner Fraktion und den britischen Medien weiterhin einen schweren Stand. Das Establishment hat grosse Mühe mit dem ehemaligen Gewerkschaftssekretär Corbyn, zumal dessen glanzvolle Wahl zum neuen Parteichef durch 60 Prozent aller Labour-Mitglieder und -Sympathisanten als klares Votum gegen die ehemalige New-Labour-Führung zu werten ist.

Tony Blair kritisierte Corbyns Wahlplattform als «links» und «altmodisch» und fügte an, dass er mit dieser Plattform keine Wahlen gewinnen möchte: «Auch wenn ich glauben würde, dass diese Plattform der Weg zu einem Wahlsieg wäre, würde ich sie nicht unterstützen.» Leute, deren Herz für Corbyn schlagen würde, bräuchten, so Blair, schlicht eine Herztransplantation.

Bescheidener Politiker

Corbyns Plattform deckt sich tatsächlich weitgehend mit klassischen sozialdemokratischen Zielen, die von Blair weitgehend aufgegeben wurden. Es fordert eine starken Service Public, insbesondere im Gesundheitswesen, die Rückführung der privatisierten Eisenbahn, die Verstaatlichung von Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken sowie einen freien Zugang zur Bildung für alle. Im Gegenzug dazu soll Britannien auf die Erneuerung seiner Trident-Atombomben-U-Bootflotte verzichten und die Steuerflucht durch reiche Individuen und multinationale Firmen bekämpfen. Darüber hinaus soll das «Quantitative Easing Programm» der Bank of England – mit dem diese derzeit Milliarden von frischen Pounds in die Wirtschaft pumpt – nicht Privatbanken, son-

dern einem ökologischen und sozialen Investitionsprogramm zugute kommen.

Dennoch wäre es ein Kurzschluss, Corbyns Wahl nur als Gegenreaktion auf den Kurs von New Labour zu werten. Corbyn verdankt seine Wahl auch seiner Integrität als bescheidener und aufrechter Politiker. Hier liegt laut dem englischen Soziologen und Labour-Mitglied Colin Crouch denn auch ein wichtiger Schlüssel für seinen langfristigen Erfolg: Wird er der Versuchung widerstehen können, seine neue Macht zu nutzen, um Abweichler auf Parteilinie zu bringen? Corbyns Entscheidung, den Fraktionszwang in der Abstimmung über die Bombardierung Syriens aufzuheben, lässt hoffen, dass es ihm ernst ist mit dem Versprechen, auch einen neuen Politikstil zu pflegen.

Noch entscheidender wird jedoch sein, ob es Labour gelingen wird, wieder Teil einer breiten Bewegung für soziale Gerechtigkeit und Demokratie zu werden. Wenn nicht, werden sich die politischen Optionen auch in England – wie in vielen Regionen Frankreichs und in Polen – bald auf eine Wahl zwischen rechtsbürgerlichen und nationalpopulistischen Kräften beschränken.

Erfolgreiche Führung dank Wahlen und Rücktritten

BEIM ST. GALLER IT-UNTERNEHMEN HAUFE-UMANTIS AG WÄHLEN DIE MITARBEITENDEN JÄHRLICH DAS MANAGEMENT UND DEFINIEREN DIE UNTERNEHMENSZIELE. HERMANN ARNOLD, GRÜNDER UND GEWÄHLTER VERWALTUNGSRATSPRÄSIDENT, SPRICHT ÜBER BEWEGGRÜNDE, ERFOLGSREZEPTE UND GRENZEN.

Herr Arnold, bei Haufe-umantis fällen auch Mitarbeitende wichtige Entscheide. Warum?

Wir alle haben schon erlebt, dass wir nicht hinter unseren Vorgesetzten stehen können. Wir wählen sie also insgeheim ab. Dies beeinflusst den Geschäftserfolg negativ. Deshalb haben wir entschieden, meinen Nachfolger als CEO dem Team zur Wahl zu stellen, anstatt ihn «von oben» einzusetzen. Die Mitarbeitenden wurden in die Pflicht genommen, sein Stellenprofil zu definieren, zu wählen und ihren Entscheid zu verantworten. Es war ein erfolgreiches Experiment.

Welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht?

Schnell zeigte sich: Wer gewählt wird, hat die Mitarbeitenden stärker hinter sich. Dies erhöht die Qualität der Führung. Weitere positive Nebeneffekte: Marc Stoffel, der neue CEO, war allen bereits bekannt, die Erwartungen an ihn waren von Anfang an klar und es gab keine anfängliche Skepsis, die er überwinden musste. Und so kam es, dass ein Manager nach dem anderen auch gewählt werden wollte.

Sie sind zurückgetreten und haben den heutigen CEO zur Wahl vorgeschlagen. Was für eine Botschaft senden Sie damit aus?

Mehrere. Erstens rate ich Firmen: Probiert Wahlen selbst aus. Wer

die CEO-Wahl nicht wagt, kann im Kleinen beginnen. Eine Gelegenheit bietet sich beispielsweise, wenn ein Teamleiter ausfällt und ein neuer gefunden werden muss. Zweitens möchten wir den Begriff des «Zurücktretens» positiv belegen. Ich bin zurückgetreten, weil ich erkannt habe, dass ich als Anführer von mehr als 100 Mitarbeitenden nicht der Richtige bin. Es brauchte jemand, der das Team stärker einbinden kann. Marc Stoffel kann dies. Ich bin also zurückgetreten – nicht ausgetreten – und habe für ein Jahr eine operative Aufgabe unter meinem Nachfolger übernommen.

Stellen Sie die klassische Führung in Frage?

Nein. Wir gestalten Führung nur anders. Mit den Wahlen stellen wir sicher, dass unsere Mitarbeitenden hinter ihren Vorgesetzten stehen und sich Vorgesetzte ihrer Rolle bewusst sind. Diese entscheiden aber nicht alles alleine. Wir wägen ab, was gemeinsam entschieden wird – beispielsweise die Unternehmensziele – und was die Führungskräfte entscheiden. Entscheide von Führungskräften können übrigens per Referendum umgeworfen werden, wenn eine Mehrheit dagegen ist. Vermutlich bewundern einige Ihren Mut, bezweifeln aber die Umsetzbarkeit in der eigenen Firma. Was entgegenen Sie darauf?

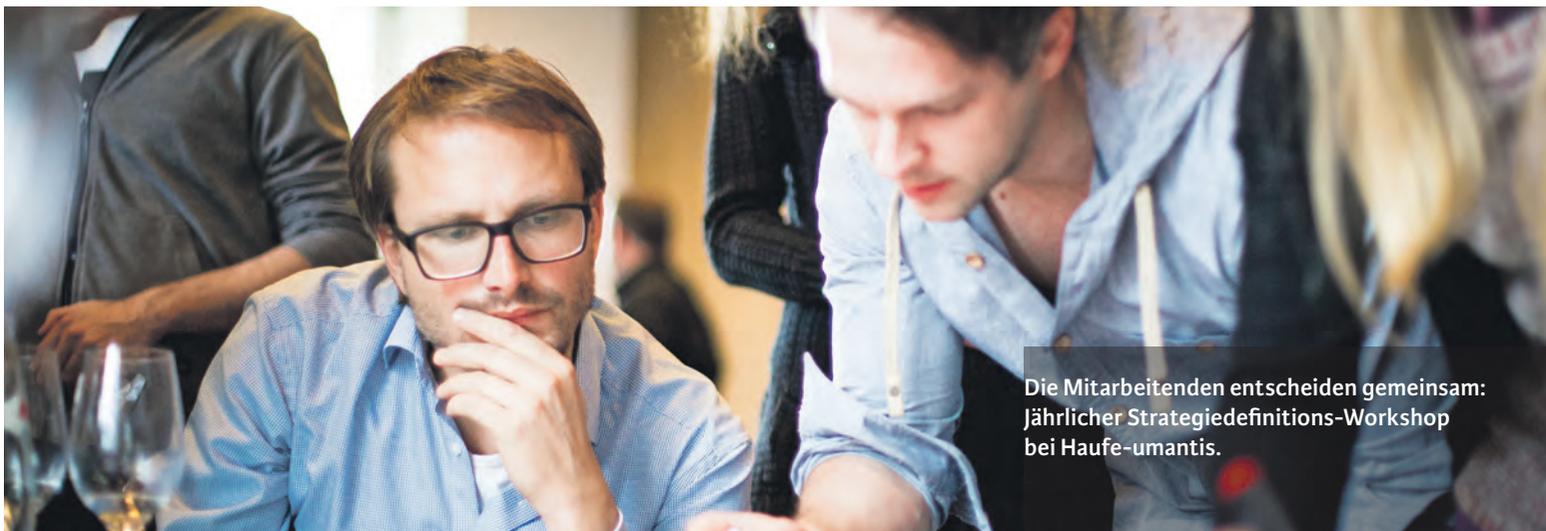


Hermann Arnold ist Mitgründer der Haufe-umantis AG. Von seinem Posten als CEO ist er zurückgetreten, um für einen Kollegen Platz zu machen, den er für die nächste Wachstumsphase des Unternehmens für besser geeignet hielt.

In vielen Unternehmen wird der Chef heute bereits implizit gewählt oder abgewählt. Dass heisst, je nachdem, ob Mitarbeitende hinter ihrem Vorgesetzten stehen, führen sie seine Anweisungen besser oder schlechter aus. Bei Haufe-umantis wählen wir explizit. Wir probieren Wahlen und Mitsprache aus, etablieren geordnete Prozesse und definieren Spielregeln. Und dabei entdecken wir Vorteile, die uns am Anfang nicht bewusst waren. Vielen Unternehmen fehlen diese Spielregeln, weshalb es gefährlich wäre, Wahlen und Mitsprache im grossen Stil einzuführen. In den letzten Jahren haben wir aber grössere Unternehmen wie Carglass und Infineon dabei begleitet, Spielregeln aufzustellen und Strukturen aufzubauen, um Mitarbeitende vermehrt in unterschiedliche Prozesse einzubeziehen.

Was braucht es dazu?

Es braucht Mut und Vertrauen. Wir raten unseren Kunden, klein anzufangen. So soll ein Team zunächst den Teamleiter wählen oder bei der Rekrutierung neuer Kollegen den finalen Entscheid fällen. Wir stehen Unternehmen dabei beratend zur Seite, zeigen die Vorteile auf, weisen auf Stolpersteine hin und erarbeiten gemeinsam entsprechende Spielregeln.



Die Mitarbeitenden entscheiden gemeinsam: Jährlicher Strategiedefinitions-Workshop bei Haufe-umantis.

Investiert Deine Pensionskasse in Atomwaffen?

SCHWEIZER BANKEN WIE DIE UBS INVESTIEREN MASSIV IN KONZERNE, WELCHE INTERNATIONAL GEÄCHTETE WAFFEN HERSTELLEN. PENSIONSKASSEN HÖCHSTWAHRSCHEINLICH EBENFALLS, NUR HERRSCHT HIER VOLLKOMMENE INTRANSPARENZ. DIE GSoA FORDERT NUN MIT EINEM OFFENEN BRIEF, DEN DIE VERSICHERTEN IHRER EIGENEN PENSIONSKASSE SCHICKEN KÖNNEN, TRANSPARENZ UND AUSSCHLUSSKRITERIEN.

Es ist bekannt, dass Banken wie die UBS und die Credit Suisse in ihrem Portfolio Aktien von Rüstungsfirmen halten, die auch Atomwaffenbestandteile und Streumunition herstellen und verbreiten. Diese Investitionen tätigen sie mit dem Geld ihrer Kundinnen und Kunden. Die UBS hat beispielsweise im letzten Jahr ihre Beteiligung an solchen Geschäften um 1,4 Milliarden US-Dollar ausgebaut und ist nun mit 5,1 Milliarden US-Dollar in die Produktion von Atomwaffen und Streumunition involviert.

Während bei den Banken etwas Licht ins Dunkel strahlt, sind die Pensionskassen ein Schwarzes Loch: Hier sind beinahe keine Informationen zugänglich, wo investiert wird und ob die Pensionskasse das ihr anvertraute Vermögen aufgrund ethischer Kriterien verwaltet. Heize ich etwa mit meinen Ersparnissen fürs Alter die Kriege und Konflikte weltweit an?

Wir haben das Recht zu erfahren, was mit unserem Geld geschieht. Mit unseren Pensionskassengeldern soll die atomare Aufrüstung

«Wir haben das Recht zu erfahren, was mit unserem Geld geschieht.»

und die Produktion von Streumunition nicht weiter vorangetrieben werden! Darum hat die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) einen offenen Brief lanciert, welchen man seiner eigenen Pensionskasse schicken kann, um diese zu Transparenz bezüglich Investitionen und ethischen Ausschlusskriterien aufzufordern.

Die GSoA ist mit dieser Forderung nicht allein. Momentan sind unter anderem die Pensionskassen des Bundes, der SBB und der Post dabei, gemeinsame Ausschlusskriterien zu

erarbeiten. Das gemeinsame Ziel ist es, Investitionen in menschenrechtsverletzende oder umweltschädigende Konzerne zu unterbinden. Einer der grössten Investoren der Welt, der staatliche Pensionsfonds von Norwegen, hat solche Ausschlusskriterien und schwarze Listen von besonders schlimmen Konzernen längst definiert. Und die Renten sind trotzdem gesichert. Die Schweiz muss nur nachziehen!

Unter folgendem Link kannst du den Brief herunterladen:

www.kriegsmaterial.ch/brief



WELCOME TO SVP, SAMICHLIOUS!

Wie jedes Jahr besuchte der Samichlous im Rahmen des Service public auch die SVP. Er nahm gerade sein grosses Buch zur Hand, als ihn Hans-Ueli als fremden Richter beschimpfte. Sonst ist es ja der Chlous von Herrliberg, der lobt, tadelt und sagt, wer brav war und Bundesrat werden darf. «Den bezahlen wir sicher mit der Billag!», zeigte sich Natalie entrüstet. Der Samichlous brummelte ein paar Kraftausdrücke und etwas von einer Rute sowie einer ordentlichen Tracht Prügel in seinen Bart. Das stimmte Toni fröhlich und er lobte den pädagogischen Ansatz. «Genau,

und meine Seven Thinking Steps gehören auch in den Lehrplan!», warf Magdalena ein.

Der Samichlous räusperte sich. Dass er von weit, weit her kommt, hätte er aber besser für sich behalten. «Aus der EU?!», entfuhr es Roger. «Ein Asylant!», meinte Adrian streng. «Ein Sozialist – wer sonst verteilt Geschenke an alle?», keifte Christoph, der vom Volk eine Abwahl-Rute kassiert hatte und nun an einer Volksinitiative tüftelte, die die SVP-Statuten in der Verfassung festschreibt. «Und dieser Bart!», raunte Walter. «Ein Terrorist, einer vom Islamischen Zentralrat oder – noch schlimmer! – von der JUSO», polterte Lukas. «Ja, dazu habe ich

STEFAN KRATTIGER

**ROT
STICH**

eine Studie gelesen», pflichtete Verena beflissen bei.

Erich fand die Farbe des Mantels verdächtig und erinnerte sich, den Mann in der Nähe der Reiterschule gesehen zu haben. «Dank der Durchsetzungsinitiative wirst du bald mit Sack und Pack ausgeschafft», triumphierte Ueli, der noch immer beleidigt war, weil ihm der Samichlous seinerzeit das gewünschte Flugli nicht unters Bäumli gelegt hatte. Vom Nachrichtendienst wusste er, dass der Schuft schon zweimal innerorts geblitzt worden war und notorisch Hausfriedensbruch beging. «Welcome to SVP, Samichlous!», riefen sie im Chor und lachten.

Das neue Programm ist da!

MOVENDO, DAS BILDUNGSINSTITUT DER GEWERKSCHAFTEN, PFLEGT SEIT EH UND JE EINE ENGE UND GUTE ZUSAMMENARBEIT MIT DER SP SCHWEIZ UND BIETET ALLEN GEWERKSCHAFTS- UND SP-MITGLIEDERN AUCH IM NÄCHSTEN JAHR WIEDER ZAHLREICHE WEITERBILDUNGSKURSE AN.

Bist du vorbereitet, wenn du demnächst über die Zukunft unserer Altersvorsorge abstimmen musst? Bereits im Juni 2016 stimmen wir voraussichtlich über die Volksinitiative «AHVplus. Für eine starke AHV» ab, die auch von der SP Schweiz mitgetragen wird. Diese Abstimmung wollen und müssen wir gewinnen.

Wolltest du schon immer wissen, wie die Wirtschaft funktioniert? Eine Weiterbildung, an der wirtschaftliche Grundbegriffe und Zusammenhänge erklärt werden, trägt auch dazu bei, dass du Handlungskompetenzen für dein politisches Engagement erwerben kannst.

Movendo, das Bildungsinstitut der Gewerkschaften, pflegt seit eh und je eine enge und gute Zusammenarbeit mit der SP Schweiz. Die meisten SP-Mitglieder sind auch gewerkschaftlich organisiert und erhalten auto-

matisch das jährliche Weiterbildungsprogramm von Movendo über ihre Gewerkschaft. Die Teilnehmenden in den Movendo-Kursen bleiben über die aktuellen Entwicklungen in Arbeitswelt und Politik auf dem neusten Stand. Sie machen sich mit den Strategien, Instrumenten und Handlungsmöglichkeiten ihrer Gewerkschaft vertraut. Movendo-Bildung bringt Mitglieder aus den Gewerkschaften und der SP persönlich und beruflich weiter und unterstützt sie in ihrem politischen und gewerkschaftlichen Einsatz.

Attraktives Bildungsangebot

Engagement lohnt sich, denn für Vertrauensleute hat Movendo ein spannendes Programm mit neuen Themen zusammengestellt. Vertrauensleute engagieren sich beispielsweise in der Personalvertretung ihres Betriebs oder

im Stiftungsrat der Pensionskasse, als PräsidentInnen von Gewerkschaftssektionen oder als Kontaktpersonen am Arbeitsplatz. Vertrauensleute sind das Herz der Gewerkschaften. Ihr Engagement wird mit einem breit gefächerten attraktiven Bildungsangebot belohnt: Die Teilnehmenden lernen in Movendo-Kursen wirtschaftliche und politische Zusammenhänge besser kennen und wissen, wie die Sozialversicherungen funktionieren. Bei Gesetzesänderungen, die Arbeitnehmende betreffen, bleiben sie aktuell informiert. Sie wissen, was zu tun ist, wenn kollektive Entlassungen drohen, lernen, selbstsicher aufzutreten und erfolgreich Verhandlungen zu führen.

Movendo organisiert auch massgeschneiderte Weiterbildung im Auftrag: Kurse, Seminare oder Tagungen werden für

Verbände, Personalkommissionen oder Gewerkschaftsgruppen nach individuellen Wünschen und Bedürfnissen konzipiert und durchgeführt. In den vergangenen Jahren hat Movendo auch erfolgreiche Bildungsveranstaltungen für die SP organisiert. Kantonalparteien oder Sektionen können bei Movendo eine unverbindliche Offerte bestellen.

Christine Goll, Institutsleiterin Movendo

Movendo freut sich über dein Interesse und nimmt Anmeldungen gerne schriftlich mit dem Anmeldetalon im Programmheft, telefonisch unter der Nummer 031 370 00 70 oder per Mail an info@movendo.ch entgegen. Sämtliche Angebote von Movendo für 2016 sind ab sofort unter www.movendo.ch ersichtlich. Das Programmheft kann bei Movendo bestellt werden.



Schweizer Wahlbeobachterinnen in der kurdischen Stadt Diyarbakir vor der Abreise in die Provinz Sirnak an der irakischen Grenze. Die prokurdische Partei HDP lud rund 60 WahlbeobachterInnen in die Türkei ein, um den rechtmässigen Ablauf der Parlamentswahlen – vor allem in den kurdischen Gebieten – zu gewährleisten. Nach zahlreichen Attentaten und Verhaftungen verzichteten die Kandidierenden der HDP auf einen öffentlichen Wahlkampf und versuchten vor allem mit persönlicher Präsenz zu mobilisieren.

2016

28. FEBRUAR
nationale Abstimmungen

18. MÄRZ
Koordinationskonferenz

19. MÄRZ
Delegiertenversammlung

24. JUNI
Koordinationskonferenz

25. JUNI
Delegiertenversammlung

Mach die Kampagne sichtbar –

Jetzt Fahne bestellen auf
www.spekulationsstopp.ch

**GAME
OVER!**
JA
Spekulationsstopp – Initiative

Spekulationsstopp – Initiative
www.spekulationsstopp.ch

JA